

Grüne Reihe

Band 6

Körperschaft- steuer

Von

Dipl.-Finanzwirtin (FH) Birgit Jäger

Dipl.-Finanzwirt (FH) Friedbert Lang

17. Auflage

2005

Herausgeber:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8168-1067-5

© 2005 Erich Fleischer Verlag, Achim bei Bremen

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: H. M. Hauschild GmbH, Bremen

Vorwort zur 17. Auflage

In der Voraufgabe hatten wir an dieser Stelle über die Zauberhaftigkeit des Neuanfangs philosophiert. Zwischenzeitlich hat sich der Zauber, aber auch die Aufgeregtheit um das neue Halbeinkünfteverfahren etwas gelegt. Dennoch haben die Praktiker noch etliche Mühe, mit dem neuen System zurechtzukommen. Gerade Betriebsprüfungen für die Jahre rund um den Schnittpunkt der beiden Besteuerungssysteme werden noch so manche Überraschung mit sich bringen.

Aus heutiger Sicht war es im Lichte der neuen Entscheidung des Europäischen Gerichtshof zum Verstoß des finnischen Anrechnungsverfahrens gegen EU-Recht¹ allerdings eine weise und vorausschauende Entscheidung des deutschen Gesetzgebers, das Anrechnungsverfahren abzuschaffen. Als Praktiker mag man sich die Wirrungen nicht vorstellen, wenn diese EuGH-Entscheidung in eine Zeit gefallen wäre, in der das Anrechnungsverfahren noch geltendes Recht war. Auch zum früheren deutschen Recht, das dem finnischen System durchaus vergleichbar war, wird der Europäische Gerichtshof in nächster Zeit noch Stellung nehmen² – die Entscheidung ist absehbar.

Die Körperschaftsteuer blieb in den letzten beiden Jahren von der mit Volldampf laufenden Gesetzgebungsmaschinerie nicht verschont. Insbesondere das Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 16. 05. 2003³ sowie das sog. Korb II-Gesetz vom 22. 12. 2003⁴ sind hier zu nennen. Die Einschränkungen bei der Gewährung der Körperschaftsteuerminderung („Moratorium“), Änderungen in § 8 b KStG sowie bei der Organschaft und vor allem die Ausweitung der Regelung des § 8 a KStG (Gesellschafter-Fremdfinanzierung) auf inländische Anteilseigner brachten bedeutsame Neuerungen bei der Besteuerung von Körperschaften mit sich. Diese haben wir in die vorliegende Neuauflage ebenso eingearbeitet wie die im Herbst 2004 von Bundesregierung und Bundesrat verabschiedeten Körperschaftsteuer-Richtlinien 2004. Dabei wurde berücksichtigt, dass nunmehr auch die KStR in Richtlinien („R“) und Hinweise („H“) unterteilt sind, wie dies bei anderen Steuerarten schon seit längerem üblich ist. Auch die im Laufe der Jahre 2003 und 2004 zu den Gesetzes-

1 EuGH-Urteil vom 07. 09. 2004 – Rs. C-319/02, Manninen, DB 2004 S. 2023.

2 Vgl. Vorlagebeschluss des FG Köln vom 24. 06. 2004, GmbHR 2004 S. 1091.

3 BStBl 2003 I S. 321.

4 BStBl 2004 I S. 14.

änderungen der Unternehmenssteuerreform 2001 und ihrer Folgegesetze ergangenen BMF-Schreiben haben wir berücksichtigt und erläutert.

Ausführungen zum früheren Anrechnungsverfahren sind in der vorliegenden Auflage nur noch insoweit enthalten, wie sie für das Verständnis der Übergangsregelungen erforderlich sind. Für ausführliche Erläuterungen dürfen wir auf die Voraufgaben verweisen.

Für Anregungen und Kritik sind wir dankbar.

Baden-Baden/Stutensee, im März 2005

Birgit Jäger Friedbert Lang

Rechtsgrundlagen:

KStG 2002 i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. 10. 2002 (BGBl I S. 4144, BStBl I S. 1169), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze vom 15. 12. 2004 (BGBl I S. 3416, BStBl 2005 I S. 3)

KStDV i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. 02. 1996 (BGBl I S. 365, BStBl I S. 191), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umrechnung und Glättung steuerlicher Euro-Beträge (Steuer-Euroglättungsgesetz – StEuglG) vom 19. 12. 2000 (BGBl 2000 I S. 1790, BStBl 2001 I S. 3)

KStR 2004 vom 13. 12. 2004 (BStBl 2004 I Sondernummer 2/2004)

Inhaltsübersicht

	Seite
1 Einführung	
1.1 Geschichtliche Entwicklung des Körperschaftsteuerrechts und Wesen der Körperschaftsteuer	33
1.2 Systemvergleich: Vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren . .	39
2 Steuerpflicht	
2.1 Anwendungsbereich des KStG und Abgrenzung gegenüber dem EStG	42
2.1.1 Allgemeines	42
2.1.2 Abgrenzung der Körperschaftsteuerpflicht nach § 3 KStG	44
2.2 Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	46
2.2.1 Grundsätzliches	46
2.2.2 Die Voraussetzungen der unbeschränkten Steuerpflicht	46
2.3 Die unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften	47
2.3.1 Allgemeines	47
2.3.2 Aktiengesellschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	48
2.3.3 Kommanditgesellschaften auf Aktien (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG) . . .	50
2.3.4 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	51
2.3.5 Kapitalanlagegesellschaften	52
2.3.6 Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	54
2.3.6.1 Verbundene Unternehmen – Konzerne	54
2.3.6.2 Organschaft	54
2.3.6.3 Schachtelbeteiligung	55
2.3.6.4 Kartelle und Syndikate	55
2.3.6.5 Lose Unternehmenszusammenschlüsse	55
2.3.7 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	56
2.3.8 Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 KStG)	59
2.3.9 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG)	59
2.3.10 Nicht rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG) . . .	61
2.3.11 Europäische Aktiengesellschaft – SE (Societas Europaea)	63
2.3.12 Gesellschaften ausländischen Rechts	66
2.3.12.1 Allgemeines	66
2.3.12.2 Private Company Limited by Shares	69
2.3.12.3 Limited Liability Company	70
2.3.13 Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 6, § 4 KStG)	71
2.3.13.1 Allgemeines	71

Inhaltsübersicht

2.3.13.2	Ausübung der öffentlichen Gewalt (Hoheitsbetrieb)	73
2.3.13.3	Rechtsformen kommunaler Unternehmen	76
2.3.13.4	Die Einrichtung im Sinne des § 4 Abs. 1 KStG	77
2.3.13.5	Nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen	78
2.3.13.6	Das Merkmal des wirtschaftlichen Heraushebens (Gewichtigkeit)	80
2.3.13.7	Beispiele für Betriebe gewerblicher Art	81
2.3.13.8	Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Betriebe gewerblicher Art (§ 4 Abs. 2 KStG)	83
2.3.13.9	Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (§ 4 Abs. 3 KStG)	83
2.3.13.10	Die Verpachtung eines Betriebs gewerblicher Art (§ 4 Abs. 4 KStG)	84
2.3.13.11	Betriebe gewerblicher Art durch Betriebsaufspaltung	85
2.3.13.12	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art	87
2.3.13.13	Einlage von Beteiligungen in Betriebe gewerblicher Art	91
2.3.13.14	Steuerbelastung bei Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	94
2.4	Die beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	97
2.4.1	Allgemeines	97
2.4.2	Die ausländischen Körperschaften im Sinne des § 2 Nr. 1 KStG	98
2.4.3	Die inländischen Einkünfte im Sinne des § 49 EStG	99
2.4.3.1	Allgemeines	99
2.4.3.2	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	99
2.4.3.3	Inländische Betriebsstätte und inländischer Vertreter	100
2.4.4	Ermittlung und Besteuerung der inländischen Einkünfte	100
2.4.5	Die Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	102
2.4.6	Die beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG	103
2.4.7	Beispiele zur beschränkten Steuerpflicht	104
2.5	Gesamtübersicht über die persönliche Steuerpflicht	105
2.6	Beginn der Steuerpflicht	106
2.7	Ende der Steuerpflicht	110
2.8	Wechsel der Steuerpflicht	111
3	Das Einkommen	
3.1	Allgemeines	113
3.1.1	Bemessungsgrundlage	113
3.1.2	Veranlagungszeitraum, Ermittlungszeitraum	113
3.1.2.1	Veranlagungszeitraum	113
3.1.2.2	Ermittlungszeitraum	113
3.1.2.3	Wirtschaftsjahr als Ermittlungszeitraum	114
3.1.3	Allgemeines über Einkünfte und Einkommen der Körperschaften	116

3.1.4	Einkünfte von Körperschaften, die zur Buchführung nach dem HGB verpflichtet sind	117
3.1.5	Einkünfte von Körperschaften, die nicht zur Buchführung nach dem HGB verpflichtet sind	121
3.1.6	Einkünfte und Einkommen der Betriebe gewerblicher Art	124
3.2	Allgemeines über die Gewinnermittlung	128
3.3	Die Gewinnermittlung bei Körperschaften	129
3.3.1	Allgemeines	129
3.3.2	Bilanzierung und Rechnungslegung der Kapitalgesellschaften	130
3.3.2.1	Grundsätzliches	130
3.3.2.2	Zur Bilanzierung und Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz	131
3.3.3	Gesellschaftskapital, Gesellschaftsvermögen, Rücklagen und Rückstellungen	132
3.3.3.1	Gezeichnetes Kapital	133
3.3.3.2	Kapitalrücklagen	133
3.3.3.3	Gewinnrücklagen	133
3.3.3.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	134
3.3.3.5	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	135
3.3.3.6	Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten	136
3.3.3.7	Steuerfreie Rücklagen	136
3.3.4	Die Buchung nicht abziehbarer Aufwendungen	137
3.3.4.1	Buchung der Gewinnverwendungen	137
3.3.4.2	Steuerliche Behandlung und Buchung der Kapitalertragsteuer	138
3.3.4.3	Buchung der Körperschaftsteuer	141
3.3.4.4	Buchung anderer nicht abziehbarer Aufwendungen	142
3.3.5	Einkommensermittlungsschema für Körperschaften, die zur Buchführung nach dem HGB verpflichtet sind	142
3.4	Veränderung des Grund- oder Stammkapitals	143
3.4.1	Allgemeines	143
3.4.2	Gesellschaftsrechtliche Einlagen	144
3.4.2.1	Einlagen bei Gesellschaftsgründung	144
3.4.2.2	Die Erhöhung des Nennkapitals	145
3.4.3	Gesellschaftsrechtliche Vermögensminderungen	145
3.4.3.1	Gewinnausschüttungen	145
3.4.3.2	Herabsetzung des Nennkapitals	146
3.5	Vermögensmehrungen auf gesellschaftlicher Grundlage (offene und verdeckte Einlagen)	146
3.5.1	Allgemeines	146
3.5.2	Offene und verdeckte Einlagen (Begriff)	147
3.5.3	Gesellschaftsrechtliche Veranlassung	149
3.5.3.1	Vorliegen eines Gesellschaftsverhältnisses	149
3.5.3.2	Ursächlichkeit des Gesellschaftsverhältnisses	150
3.5.3.3	Nahe stehende Person	151
3.5.4	Die einlagefähigen Wirtschaftsgüter	152
3.5.4.1	Allgemeines	152

Inhaltsübersicht

3.5.4.2	Nicht einlagefähige Vermögensvorteile	154
3.5.4.3	Einzelfälle	155
3.5.5	Auswirkungen der verdeckten Einlage auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	157
3.5.5.1	Die Bewertung der Einlagen	157
3.5.5.1.1	Grundsätzliche Bewertung	157
3.5.5.1.2	Verdeckte Einlage einer Beteiligung i. S. von § 17 EStG	159
3.5.5.1.3	Verdeckte Einlage eines Wirtschaftsguts innerhalb der Veräußerungsfrist des § 23 EStG	159
3.5.5.1.4	Bewertung der Einlage in den Fällen des § 6 Abs. 6 Satz 2 und 3 EStG	160
3.5.5.1.5	Bewertung der Einlage bei Betriebseröffnung	161
3.5.5.1.6	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts	161
3.5.5.1.7	Bewertung beim Verzicht auf eine Pensionsanwartschaft	164
3.5.5.1.8	Bewertung im Falle einer Erbschaft	165
3.5.5.2	Auswirkung auf das zu versteuernde Einkommen	166
3.5.5.3	Auswirkung auf das steuerliche Einlagekonto i. S. des § 27 KStG	166
3.5.6	Die steuerliche Behandlung der Einlagen beim Gesellschafter	166
3.5.6.1	Bewertung der verdeckten Einlage	166
3.5.6.1.1	Grundsätzliche Bewertung	166
3.5.6.1.2	Bewertung der Einlage, wenn die Gesellschaftsanteile zum Betriebsvermögen des Gesellschafters gehören	166
3.5.6.1.3	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts	168
3.5.6.2	Auswirkung der verdeckten Einlage auf die Anschaffungskosten der Beteiligung	170
3.5.6.2.1	Anteile im Privatvermögen	170
3.5.6.2.2	Anteile im Betriebsvermögen	171
3.5.6.3	Auswirkungen auf die Anschaffungskosten der Beteiligungen bei Drittaufwand	173
3.5.6.3.1	Grundsatz: kein Abzug von Drittaufwand	174
3.5.6.3.2	Nachträgliche Anschaffungskosten bei mittelbar verdeckter Einlage bzw. abgekürztem Zahlungsweg	175
3.5.6.3.3	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Aufwendungen des Dritten auf eigene Verbindlichkeit, aber im wirtschaftlichen Interesse des Gesellschafters	176
3.5.6.3.4	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Darlehen, Bürgschaften und anderen Finanzierungshilfen eines Dritten unter Berücksichtigung des Eigenkapitalersatzes	177
3.5.6.4	Verdeckte Einlage und Zufluss beim Gesellschafter	179
3.5.6.5	Abzugsbeschränkungen bei unentgeltlichen oder teilentgeltlichen Nutzungsüberlassungen vom Gesellschafter an die Gesellschaft	180
3.5.6.5.1	Überquotale Nutzungsüberlassung	181
3.5.6.5.2	Abzugsbeschränkung durch § 3 c Abs. 2 EStG	181
3.5.6.5.3	Beispielfälle zu den Abzugsbeschränkungen bei Nutzungsüberlassungen	182
3.5.6.6	Einzelfälle	184
3.5.7	Die Rückgewähr von Einlagen	185

3.6	Offene und verdeckte Ausschüttungen	186
3.6.1	Allgemeines	186
3.6.2	Offene Gewinnausschüttungen	187
3.6.3	Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung	188
3.6.3.1	Grundsatz	188
3.6.3.2	Vermögensminderung/verhinderte Vermögenmehrung	189
3.6.3.3	Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	190
3.6.3.4	Auswirkung auf den Unterschiedsbetrag gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 EStG	192
3.6.3.5	Abgrenzung zur offenen Gewinnausschüttung	192
3.6.3.6	Weitere Aspekte bei der Abgrenzung von verdeckten Gewinnausschüttungen	193
3.6.3.6.1	Unüblichkeit der Vereinbarung	193
3.6.3.6.2	Gewinnverteilungsabsicht	194
3.6.3.6.3	Handelnde Personen	195
3.6.3.6.4	Vorteil gewährende Körperschaft	195
3.6.3.6.5	Abgrenzung verdeckte Gewinnausschüttung / Liebhaberei	196
3.6.3.6.6	Beweislast	197
3.6.4	Grundbeispiele verdeckter Gewinnausschüttungen	197
3.6.5	Rückwirkungsverbot	198
3.6.5.1	Grundsatz	198
3.6.5.2	Wer ist beherrschender Gesellschafter?	200
3.6.5.3	Klare und eindeutige Vereinbarung	201
3.6.5.4	Zivilrechtliche Wirksamkeit	203
3.6.5.4.1	Allgemeines	203
3.6.5.4.2	Formvorschriften	204
3.6.5.4.3	Selbstkontrahierungsverbot	205
3.6.5.4.4	Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	206
3.6.5.4.5	Aufzeichnungspflichten	207
3.6.5.5	Keine Rückwirkung	207
3.6.5.6	Tatsächliche Durchführung	208
3.6.6	Der Vorteilsausgleich	210
3.6.7	Umfang und Bewertung der verdeckten Gewinnausschüttung	211
3.6.8	Steuerliche Folgen der verdeckten Gewinnausschüttung	213
3.6.8.1	Auswirkungen bei der Gesellschaft	213
3.6.8.1.1	Einkommensermittlung	213
3.6.8.1.2	Änderung der Körperschaftsteuer	215
3.6.8.1.2.1	Verdeckte Gewinnausschüttungen im Anrechnungsverfahren	215
3.6.8.1.2.2	Halbeinkünfteverfahren	216
3.6.8.2	Auswirkungen beim Gesellschafter	217
3.6.8.2.1	Allgemeines	217
3.6.8.2.2	Folgen im Anrechnungsverfahren	218
3.6.8.2.3	Folgen im Halbeinkünfteverfahren	218
3.6.8.2.4	Weitere Folgen beim Gesellschafter	219
3.6.8.3	Zeitliche Differenzen zwischen den einzelnen Folgen	220
3.6.8.4	Auswirkungen auf andere Steuerarten	222
3.6.8.4.1	Umsatzsteuer	222
3.6.8.4.2	Auswirkungen auf die Gewerbesteuer	224

Inhaltsübersicht

3.6.9	Verdeckte Gewinnausschüttung und Kapitalertragsteuer	224
3.6.10	Beispiele für verdeckte Gewinnausschüttungen	228
3.6.10.1	Dienstverträge mit Gesellschaftern, Rückwirkungsverbot	228
3.6.10.1.1	Allgemeines	228
3.6.10.1.2	Zivilrechtliche Wirksamkeit von Dienstverträgen	229
3.6.10.1.3	Tatsächliche Durchführung von Dienstverträgen, Ernsthaftigkeit der Vereinbarung	230
3.6.10.1.4	Angemessenheit der Bezüge	233
3.6.10.1.5	Rückwirkungsverbot bei Anstellungsverträgen	238
3.6.10.1.6	Nebenleistungen zum Gehalt	241
3.6.10.2	Tantiemevereinbarungen mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer	243
3.6.10.3	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer	247
3.6.10.3.1	Grundsätzliches	247
3.6.10.3.2	Rechtsverbindliche Zusage	248
3.6.10.3.3	Voraussetzungen des § 6 a EStG	249
3.6.10.3.4	Ernsthaftigkeit der Zusage	252
3.6.10.3.5	Finanzierbarkeit	252
3.6.10.3.6	Erdienbarkeit	255
3.6.10.3.7	Rückwirkungsverbot; Nachzahlungsverbot	258
3.6.10.3.8	Angemessenheit	259
3.6.10.3.9	Korrektur außerhalb der Steuerbilanz	265
3.6.10.3.10	Unverfallbarkeit von Pensionszusagen	266
3.6.10.4	Wettbewerbsverbot / Geschäftschancenlehre	268
3.6.10.4.1	Frühere Rechtsprechung	268
3.6.10.4.2	Geänderte Rechtsprechung zum Wettbewerbsverbot	268
3.6.10.4.3	Die neue Geschäftschancenlehre	269
3.6.10.4.4	Prüfungsschema zum Wettbewerbsverbot	272
3.6.10.5	Darlehensverträge mit Gesellschaftern	273
3.6.10.5.1	Unangemessene Verzinsung	273
3.6.10.5.2	Darlehensgewährung als verdeckte Gewinnausschüttung	275
3.6.10.5.2.1	Darlehensgewährung von der Gesellschaft an den Gesellschafter	275
3.6.10.5.2.2	Darlehensgewährung vom Gesellschafter an die Gesellschaft	277
3.6.10.5.3	Späterer Darlehensverzicht oder Ausfall der Darlehensforderung	277
3.6.10.6	Kaufverträge mit Gesellschaftern	279
3.6.10.7	Miet- und Pachtverträge	284
3.6.10.8	Schuldübernahme zum Vorteil eines Gesellschafters	287
3.6.10.9	Sonstige Verträge mit Gesellschaftern und Einzelfälle	289
3.6.10.10	Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen zwischen Schwestergesellschaften	293
3.6.10.11	Erwerb eigener Anteile (Aktien) und verdeckte Gewinnausschüttung; Einziehung von Anteilen	296
3.6.11	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei einer GmbH & Co. KG	298
3.6.12	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Betrieben gewerblicher Art	303
3.6.13	„Rückgängigmachung“ von Ausschüttungen	305

3.7	Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8 a KStG)	310
3.7.1	Grundansatz und historische Entwicklung der Regelung	310
3.7.1.1	§ 8 a KStG im früheren Anrechnungsverfahren	310
3.7.1.2	§ 8 a KStG im Halbeinkünfteverfahren	311
3.7.1.3	Die Ausweitung auf das Inland	312
3.7.2	Verhältnis zwischen § 8 Abs. 3 KStG und § 8 a KStG	313
3.7.3	Betroffener Personenkreis	315
3.7.3.1	Empfänger des Fremdkapitals	315
3.7.3.2	Gläubiger des Fremdkapitals, betroffene Anteilseigner	315
3.7.3.3	Wesentliche Beteiligung	316
3.7.3.4	Fremdfinanzierung durch eine nahe stehende Person	317
3.7.3.5	Fremdfinanzierung durch einen rückgriffsberechtigten Dritten	318
3.7.4	Umfang des Fremdkapitals	319
3.7.5	Die Höchstgrenzen des Fremdkapitals (safe haven)	320
3.7.5.1	Fremdkapital gegen gewinn- und umsatzabhängige Vergütungen	321
3.7.5.2	Fremdkapital gegen gewinn- und umsatzunabhängige Vergütungen	321
3.7.5.3	Mischfinanzierungen	323
3.7.5.4	Sonderregelung für Kreditinstitute	324
3.7.5.5	Zusammenfassende Übersicht zum zulässigen Fremdkapital	324
3.7.6	Freigrenze	324
3.7.7	Maßgebendes Eigenkapital	325
3.7.8	Holdinggesellschaften	328
3.7.9	Missbrauchsregelungen	330
3.7.9.1	Zwischenschaltung von Personengesellschaften (§ 8 a Abs. 5 KStG)	330
3.7.9.2	Fremdfinanzierte Anteilskäufe	333
3.7.10	Rechtsfolgen einer vGA nach § 8 a KStG	334
3.8	Genussrechte	339
3.9	Steuerbefreiungen nach § 8 b KStG	341
3.9.1	Rechtsentwicklung	341
3.9.2	Erhaltene Ausschüttungen bei Körperschaften (§ 8 b Abs. 1 KStG)	344
3.9.2.1	Grundprinzip	344
3.9.3	Dividendenerträge bei der Gewerbesteuer (§ 8 Nr. 5 GewStG)	345
3.9.4	Auswirkungen auf die Kapitalertragsteuer	347
3.9.5	Zeitliche Anwendung von § 8 b Abs. 1 KStG und § 8 Nr. 5 GewStG	347
3.9.6	Freistellung von Veräußerungsgewinnen (§ 8 b Abs. 2, 4 KStG)	348
3.9.6.1	Grundprinzip des § 8 b Abs. 2 KStG	348
3.9.6.2	Missbrauchsregelungen (§ 8 b Abs. 4 KStG)	351
3.9.6.2.1	Grundsatz	351
3.9.6.2.2	Rückausnahmen	353
3.9.6.3	Zeitliche Anwendung von § 8 b Abs. 2 KStG	356

Inhaltsübersicht

3.9.6.3.1	Anwendung von § 8 b Abs. 2 KStG n. F.	356
3.9.6.3.2	Nachträgliche Versagung von Teilwertabschreibungen bei § 8 b Abs. 2 KStG a. F.	357
3.9.7	Veräußerungsverluste und Aufwendungen auf Beteiligungen (§ 8 b Abs. 3 und 5 KStG)	358
3.9.7.1	Veräußerungsverluste	358
3.9.7.2	Teilwertabschreibungen	358
3.9.7.3	Laufende Aufwendungen	359
3.9.7.3.1	Inlandsbeteiligungen	359
3.9.7.3.1.1	Rechtslage bis 2003	359
3.9.7.3.1.2	Rechtslage ab 2004	360
3.9.7.3.2	Auslandsbeteiligungen	361
3.9.7.4	Zusammenfassung	362
3.9.7.5	Aufwendungen im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen i. S. von § 8 b Abs. 2 KStG	363
3.9.8	Analoge Anwendung auf sonstige Fälle (§ 8 b Abs. 6 KStG)	364
3.9.9	Sonderregelung für Kreditinstitute (§ 8 b Abs. 7 KStG)	367
3.9.10	Sonderregelung für Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen (§ 8 b Abs. 8 KStG)	368
3.9.11	Anwendung von § 8 b KStG in Organschaftsfällen	369
3.10	Der Verlustabzug	369
3.10.1	Der steuerliche Verlust	369
3.10.2	Die rechtliche und die wirtschaftliche Identität als Voraussetzungen für den Verlustabzug (§ 8 Abs. 4 KStG)	371
3.10.2.1	Grundsätze zur rechtlichen und wirtschaftlichen Identität	371
3.10.2.2	Rechtliche Identität (Personengleichheit) bei Umwandlung, Verschmelzung oder Spaltung der Körperschaft	372
3.10.2.3	Wirtschaftliche Identität nach § 8 Abs. 4 KStG	372
3.10.2.3.1	Übertragung von mehr als 50 v. H. der Anteile	374
3.10.2.3.2	Zuführung von überwiegend neuem Betriebsvermögen	385
3.10.2.3.3	Ausnahmetatbestand für Sanierungsfälle	392
3.10.2.3.3.1	Zuführung neuen Betriebsvermögens zu Sanierungszwecken	392
3.10.2.3.3.2	Erhalten des Geschäftsbetriebs und Fortführung in vergleichbarem Umfang	394
3.10.2.4	Umfang und Folgen des Abzugsverbots nach § 8 Abs. 4 KStG	396
3.10.2.5	Sonderfall: Anwendung des § 8 Abs. 4 KStG bei Forderungsverzicht mit Besserungsschein	397
3.10.2.6	Zeitliche Anwendung des § 8 Abs. 4 KStG	398
3.10.2.7	Verfassungswidrigkeit des § 8 Abs. 4 KStG in der Fassung des Gesetzes zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform?	400
3.10.2.8	Anwendung des § 8 Abs. 4 KStG auf andere Körperschaften	400
3.10.3	Begrenzung der Verlustverrechnung nach § 2 Abs. 3 EStG für Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2003	401
3.10.4	Begrenzung des Verlustausgleichs bei Verlustzuweisungs- gesellschaften und ähnlichen Modellen (§ 2 b EStG)	403
3.10.5	Verlustausgleichsbeschränkung für stille Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	404

3.10.5.1	Allgemeines	404
3.10.5.2	Steuerliche Konsequenzen bei der typisch stillen Gesellschaft	406
3.10.5.3	Steuerliche Konsequenzen für die atypisch stille Gesellschaft	406
3.10.5.4	Veräußerung der stillen Beteiligung	406
3.10.5.5	Zeitliche Anwendung	406
3.10.5.6	Anwendung der Verlustabzugsbeschränkung nach § 10 d EStG	407
3.10.6	Verlustabzug nach § 10 d EStG	407
3.10.6.1	Verlustabzug bis zum Veranlagungszeitraum 2003	407
3.10.6.1.1	Allgemeines	407
3.10.6.1.2	Verlustabzug für die nicht unter § 8 Abs. 2 KStG fallenden Körperschaften	408
3.10.6.1.3	Verlustabzug für die unter § 8 Abs. 2 KStG fallenden Körperschaften	409
3.10.6.2	Verlustabzug ab dem Veranlagungszeitraum 2004	410
3.10.6.2.1	Allgemeines	410
3.10.6.2.2	Zusammentreffen von Verlustvortrag und Verlustrücktrag	412
3.10.6.2.3	Zeitliche Anwendung	413
3.10.7	Verlustabzug in einen Veranlagungszeitraum, in dem das Einkommen unterschiedlichen Steuersätzen unterliegt	414
3.10.8	Der verbleibende Verlustabzug, Verfahrensfragen	415
3.11	Behandlung von Mitgliederbeiträgen	417
3.12	Abziehbare Aufwendungen	419
3.12.1	Allgemeines	419
3.12.2	Abziehbare Ausgaben bei Kommanditgesellschaften auf Aktien	419
3.12.3	Ausgaben für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG	421
3.12.3.1	Allgemeines	421
3.12.3.2	Begriff der Spende	421
3.12.3.3	Sachspenden	422
3.12.3.4	Zuwendungen von Nutzungen und Leistungen	423
3.12.3.5	Voraussetzungen für den Spendenabzug	424
3.12.3.5.1	Allgemeines	424
3.12.3.5.2	Abzug von Spenden und Mitgliedsbeiträgen ab dem Jahr 2000	424
3.12.3.5.3	Zuwendungsnachweis § 50 EStDV	426
3.12.3.5.4	Verwendung der Zuwendung für steuerbegünstigte Zwecke	427
3.12.3.5.5	Aufzeichnungspflichten und buchmäßiger Nachweis	427
3.12.3.5.6	Vertrauensschutz für den Spender und Haftungsfrage	427
3.12.3.6	Ermittlung des Spendenabzugs	429
3.12.3.7	Erweiterter Spendenabzug nach dem Stiftungsförderungsgesetz	432
3.12.3.8	Spendenvortrag für Großspenden	435
3.12.3.9	Einschränkung des Spendenabzugs	438
3.12.3.10	Spenden an politische Parteien	439
3.13	Nicht abziehbare Aufwendungen	439
3.13.1	Nicht abziehbare Aufwendungen zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke	439

Inhaltsübersicht

3.13.2	Die nicht abziehbaren Steuern und Nebenleistungen	441
3.13.2.1	Nicht abziehbare Steuern	441
3.13.2.2	Steuerliche Nebenleistungen	443
3.13.2.3	Erstattung nicht abziehbarer Steuern	444
3.13.2.4	Erstattung von steuerlichen Nebenleistungen	446
3.13.3	Abzugsverbot für Geldstrafen und ähnliche Rechtsnachteile	447
3.13.4	Steuerliche Behandlung der Aufsichtsratsvergütungen	448
3.14	Trennung der abziehbaren von den nicht abziehbaren Aufwendungen	450
3.15	Sonderregelungen für Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds und Bausparkassen	452
3.15.1	Versicherungstechnische Rückstellungen	452
3.15.1.1	Schwankungsrückstellung	453
3.15.1.2	Schadenrückstellung	454
3.15.2	Beitragsrückerstattungen der Versicherungsunternehmen	455
3.15.3	Deckungsrückstellung	457
3.15.4	Zuteilungsrücklage bei Bausparkassen	458
3.16	Die Organschaft	458
3.16.1	Allgemeines	458
3.16.1.1	Begriff	458
3.16.1.2	Voraussetzungen der Organschaft bei den einzelnen Steuerarten	459
3.16.1.3	Bedeutung der Organschaft	460
3.16.1.4	Rechtsgrundlagen	461
3.16.2	Voraussetzungen der Organschaft	461
3.16.2.1	Der Organträger	461
3.16.2.1.1	Allgemeine Grundsätze	461
3.16.2.1.2	Inländische Steuerpflicht des Organträgers	462
3.16.2.1.3	Personengesellschaften als Organträger	463
3.16.2.1.4	Mehrmütterorganschaft	465
3.16.2.2	Die Organgesellschaft(en)	468
3.16.2.3	Finanzielle Eingliederung	469
3.16.2.3.1	Finanzielle Eingliederung bei mittelbarer Beteiligung bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2000	469
3.16.2.3.2	Finanzielle Eingliederung bei mittelbarer Beteiligung ab dem Veranlagungszeitraum 2001	470
3.16.2.3.3	Sonstige Fälle	473
3.16.2.4	Voraussetzung der wirtschaftlichen Eingliederung bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2000	473
3.16.2.5	Voraussetzung der organisatorischen Eingliederung bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2000	475
3.16.2.6	Wegfall der wirtschaftlichen und organisatorischen Eingliederungsvoraussetzungen ab dem Veranlagungszeitraum 2001	476
3.16.2.6.1	Holdingsgesellschaften	477
3.16.2.6.2	Betriebsaufspaltungen	477
3.16.2.7	Zeitliche Eingliederungsvoraussetzungen	478
3.16.3	Der Gewinnabführungsvertrag	479

3.16.3.1	Der Gewinnabführungsvertrag der AG oder KGaA	479
3.16.3.2	Der Gewinnabführungsvertrag anderer Kapitalgesellschaften	482
3.16.3.3	Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung aller Gewinnabführungsverträge	483
3.16.3.3.1	Erstmalige Geltung des Gewinnabführungsvertrags	483
3.16.3.3.2	Mindestdauer des Gewinnabführungsvertrags und steuerliche Folgen bei vorzeitiger Beendigung	484
3.16.3.3.3	Tatsächlicher Vollzug des Gewinnabführungsvertrags	486
3.16.3.3.4	Berechnung der Fünf-Jahres-Frist für den Gewinnabführungsvertrag	487
3.16.3.3.5	Gewinnabführung bei Auflösung der Organgesellschaft	488
3.16.3.4	Rechtsfolgen bei Vorliegen eines Gewinnabführungsvertrags	488
3.16.4	Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	488
3.16.4.1	Beschränkung des Verlustabzugs nach § 15 Satz 1 Nr. 1 KStG . . .	490
3.16.4.2	Anwendung des § 8 b KStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	491
3.16.4.3	Anwendung des § 4 Abs. 7 UmwStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	493
3.16.4.4	Internationales Schachtelprivileg	494
3.16.4.5	Nachversteuerung nach § 37 Abs. 3 KStG	494
3.16.5	Zurechnung des Einkommens des Organs beim Organträger	495
3.16.5.1	Zeitliche Zuordnung des Einkommens	495
3.16.5.2	Steuerliche Behandlung der Ausgleichszahlungen	496
3.16.5.3	Verfahrensfragen	496
3.16.6	Die Einkommensermittlung beim Organträger	497
3.16.7	Zusammentreffen von Anrechnungsverfahren und Halbeinkünfteverfahren im Organkreis	499
3.16.8	Ausgleichszahlungen und eigenes Einkommen des Organs	500
3.16.8.1	Berücksichtigung der Körperschaftsteuererminderung bzw. Körperschaftsteuererhöhung für die Ausgleichszahlungen; Verwendung des steuerlichen Einlagekontos	503
3.16.9	Rücklagen – Ausgleichsposten	504
3.16.9.1	Auflösung vorvertraglicher stiller Reserven	504
3.16.9.2	Mehr- und Minderabführungen	504
3.16.9.3	Vororganschaftliche Mehr- und Minderabführungen	506
3.16.9.4	Berücksichtigung der Mehr- und Minderabführungen beim steuerlichen Einlagekonto i. S. des § 27 KStG	507
3.16.10	Anwendung besonderer Tarifvorschriften und Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen	508
3.16.11	Einzelfragen	509
3.16.12	Beispiel	511
3.16.13	Die „verunglückte“ Organschaft	512
3.16.13.1	Rechtsfolgen der verunglückten Organschaft	513
4	Steuerliche Behandlung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	
4.1	Allgemeines	515
4.2	Geschäftsarten der Genossenschaften	515
4.3	Genossenschaftliche Rückvergütung/verdeckte Gewinnausschüttungen	516

5 Steuerbefreiungen und -vergünstigungen

5.1	Befreiungen gemäß § 5 KStG	521
5.1.1	Allgemeines	521
5.1.1.1	Ausschluss der Steuerbefreiung für Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen	522
5.1.1.2	Ausschluss der Steuerbefreiung bei beschränkter Steuerpflicht	523
5.1.1.3	Ausschluss der Steuerbefreiung in den Fällen der Nachversteuerung, der Körperschaftsteuerminderung und der Körperschaftsteuererhöhung	523
5.1.2	Kapitalertragsteuerpflicht für Gewinne wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe der steuerbefreiten Körperschaften	525
5.1.3	Die steuerbefreiten Körperschaften des § 5 Abs. 1 Nrn. 1 bis 2 a KStG	526
5.1.4	Steuerbefreiung der Pensions-, Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskassen	527
5.1.4.1	Allgemeines	527
5.1.4.2	Die einzelnen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	529
5.1.4.2.1	Der Kreis der Leistungsempfänger	529
5.1.4.2.2	Das Erfordernis der „sozialen Einrichtung“	529
5.1.4.2.3	Die Sicherung des Vermögens und der Einkünfte für Zwecke der Kasse	532
5.1.4.2.4	Zulässiges Kassenvermögen, Überdotierung	533
5.1.4.3	Partielle Steuerpflicht; Übertragung des überdotierten Vermögens	534
5.1.5	Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	539
5.1.6	Die steuerbefreiten Berufsverbände	539
5.1.6.1	Allgemeines	539
5.1.6.2	Der Begriff des Berufsverbands	540
5.1.6.3	Maßgeblichkeit der Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung	542
5.1.6.4	Die Steuerpflicht des Berufsverbandes	543
5.1.6.4.1	Partielle Steuerpflicht bei wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	543
5.1.6.4.2	Volle Steuerpflicht bei Verwendung der Mittel zur Parteienförderung	544
5.1.6.5	Die Körperschaftsteuer für Parteizuwendungen	545
5.1.6.6	Beispiele zur Steuerpflicht und Steuerberechnung von Berufsverbänden	546
5.1.6.7	Steuerliche Behandlung der Beiträge bei den Mitgliedern	547
5.1.7	Die Vermögensverwaltungsgesellschaften im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 6 KStG	547
5.1.8	Politische Parteien und ihre Gebietsverbände	548
5.1.9	Öffentlich-rechtliche Versicherungs- und Versorgungs- einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 8 KStG	550
5.1.10	Körperschaften, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen	551
5.1.10.1	Allgemeines, Kreis der Begünstigten	551
5.1.10.2	Die maßgeblichen Bestimmungen der Abgabenordnung	552

5.1.10.2.1	Gemeinnützige Zwecke (§ 52 AO)	553
5.1.10.2.2	Mildtätige Zwecke (§ 53 AO)	556
5.1.10.2.3	Kirchliche Zwecke (§ 54 AO)	557
5.1.10.2.4	Selbstlosigkeit (§ 55 AO)	558
5.1.10.2.5	Ausschließlichkeit (§ 56 AO)	562
5.1.10.2.6	Unmittelbarkeit (§ 57 AO)	562
5.1.10.2.7	Steuerlich unschädliche Betätigungen (§ 58 AO)	563
5.1.10.2.8	Satzung und tatsächliche Geschäftsführung (§§ 59 bis 63 AO) . . .	564
5.1.10.2.9	Die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 Satz 2 KStG (§ 64 AO) . .	565
5.1.10.2.10	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (§ 14 AO); Abgrenzung zur Vermögensverwaltung	566
5.1.10.2.11	Das Einkommen aus einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	569
5.1.10.2.12	Zweckbetriebe (§§ 65 bis 68 AO)	573
5.1.10.3	Vorläufige Bescheinigung, Freistellungsbescheid, Körperschaftsteuerbescheid (Anerkennung und Überprüfung der Gemeinnützigkeit)	574
5.1.11	Vermietungsgenossenschaften und -vereine	576
5.1.11.1	Allgemeines	576
5.1.11.2	Die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	577
5.1.11.3	Die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 Satz 2 KStG	578
5.1.12	Gemeinnützige Siedlungsunternehmen	579
5.1.13	Land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	579
5.1.14	Pensions-Sicherungs-Verein – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	583
5.1.15	Steuerbefreiung von Kreditsicherungseinrichtungen	583
5.1.16	Bürgschaftsbanken und Kreditgarantiegemeinschaften	584
5.1.17	Wirtschaftsförderungsgesellschaften	585
5.1.18	Gesamthafenbetriebe	586
5.1.19	Versorgungsverbände	587
5.1.20	Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	587
5.1.21	Gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	588
5.1.22	Auftragsforschung öffentlich-rechtlicher Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen	588
5.2	Steuerfreibeträge, Besteuerung kleiner Körperschaften	589
5.2.1	Freibetrag für bestimmte Körperschaften	589
5.2.2	Freibetrag für bestimmte land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	591
5.2.3	Besteuerung kleiner Körperschaften (Bagatellregelung)	593
5.3	Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	594
5.3.1	Allgemeines	594
5.3.2	Beginn einer Steuerbefreiung	595
5.3.3	Erlöschen einer Steuerbefreiung	596
5.3.4	Sonderregelung nach § 13 Abs. 4 KStG	600
5.3.5	Partielle Steuerbefreiung gemäß § 13 Abs. 5 KStG	601

Inhaltsübersicht

5.3.6	Beteiligung i. S. von § 17 EStG an einer Kapitalgesellschaft außerhalb des Betriebsvermögens	602
6	Außensteuerrecht, grenzüberschreitende Sachverhalte	
6.1	Doppelbesteuerungsabkommen – Basisgesellschaften	604
6.2	Außensteuergesetz	607
6.2.1	Allgemeines	607
6.2.2	Die Einzelregelungen des AStG	608
6.2.2.1	Berichtigung von Einkünften bei internationalen Verflechtungen (§ 1 AStG)	608
6.2.2.2	Wohnsitzwechsel in niedrig besteuerte Gebiete (§§ 2 bis 5 AStG)	610
6.2.2.3	Beteiligungen nach § 17 EStG bei Wohnsitzwechsel ins Ausland (§ 6 AStG)	610
6.2.2.4	Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 bis 14 AStG)	610
6.2.2.5	Besteuerung des Einkommens ausländischer Familienstiftungen (§ 15 AStG)	612
6.3	Ausländische Anteilseigner; inländische Betriebsstätte	613
6.3.1	Behandlung ausländischer Anteilseigner, die an inländischen Kapitalgesellschaften beteiligt sind	613
6.3.2	Behandlung der inländischen Betriebsstätten von ausländischen Körperschaften	615
6.4	Behandlung ausländischer Einkünfte	616
6.4.1	Grundsätzliches	616
6.4.2	Freistellungsmethode für ausländische DBA-Gewinne	618
6.4.3	Direkte Steueranrechnung	619
6.4.4	Indirekte Steueranrechnung	620
6.4.5	Avoir fiscal	621
6.4.6	Behandlung ausländischer Einkünfte nach § 26 Abs. 6 KStG	622
6.4.7	Pauschalierung der Körperschaftsteuer auf ausländische Einkünfte (§ 26 Abs. 6 KStG, § 34 c Abs. 5 EStG; bis 2003)	623
6.4.8	Ausländische Verluste	624
6.4.8.1	Ausländische Verluste in Ländern ohne DBA	624
6.4.8.2	Ausländische Verluste in Ländern mit DBA	626
7	Körperschaftsteuertarif	
7.1	Allgemeines	627
7.1.1	Berechnung der Körperschaftsteuer	627
7.2	Steuersatz für die Veranlagungszeiträume 1999 und 2000 (40 v. H. und 45 v. H.)	629
7.2.1	Steuersatz von 40 v. H. im Regelfall (§ 23 Abs. 1 KStG 1999)	629
7.2.2	Sondersteuersatz von 45 v. H. (§ 23 Abs. 2 KStG 1999)	629
7.2.3	Sondersteuersatz für das Zweite Deutsche Fernsehen bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2000	631

7.3	Steuersätze ab dem Veranlagungszeitraum 2001	632
7.3.1	Regelsteuersatz von 25 v. H. (§ 23 Abs. 1 KStG)	632
7.3.2	Zeitliche Anwendung des neuen Körperschaftsteuersatzes von 25 v. H.	632
7.3.3	Regelsteuersatz von 26,5 v. H. für den Veranlagungszeitraum 2003 (§ 34 Abs. 11 a KStG)	634
7.3.4	Nachversteuerungsregelung nach § 34 Abs. 12 KStG	634
7.3.5	Nachversteuerungsregelung nach § 37 Abs. 3 KStG	635
7.4	Besondere Steuersätze	635
7.5	Ermäßigung der tariflichen Körperschaftsteuer	636
7.6	Solidaritätszuschlag	638
8	Anrechnungsverfahren	
8.1	Einführung	641
8.2	Grundlagen des Anrechnungsverfahrens	642
8.3	Übersicht über die einzelnen Thesen und Vorschriften zum Anrechnungsverfahren	642
8.4	Einkünfte der Anteilseigner; Anrechnung und Vergütung der Körperschaftsteuer	644
8.4.1	Allgemeines	644
8.4.2	Anrechnung und Einkünfte beim Anteilseigner	645
8.4.2.1	Die Anrechnung der Körperschaftsteuer	645
8.4.2.2	Einkünfte des Anteilseigners, anrechenbare Körperschaftsteuer als Bestandteil der Kapitaleinnahme	646
8.4.2.3	Anteile des Anteilseigners im Privatvermögen	649
8.4.2.4	Anteile des Anteilseigners im Betriebsvermögen	651
8.4.2.5	Ausschüttungen aus dem EK 04	656
8.4.2.6	Ausschüttungen aus dem EK 01	656
8.4.2.7	Beispielfälle zu den Einkünften und zur Anrechnung beim Anteilseigner	657
8.4.3	Steuerbescheinigungen	659
8.5	Einzelheiten zu den Gewinnausschüttungen	660
8.5.1	Allgemeines	660
8.5.2	Ausschüttungen, die auf einem den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Gewinnverteilungsbeschluss für ein abgelaufenes Wirtschaftsjahr beruhen	661
8.5.2.1	Ordnungsgemäßer Gewinnverteilungsbeschluss	661
8.5.2.2	Zulässiger Zeitraum für die Fassung des Gewinnverteilungsbeschlusses nach dem Bilanzstichtag	663
8.5.3	Vorabauschüttungen	663
8.5.4	Änderung von Gewinnverteilungsbeschlüssen	665
8.5.5	Zeitpunkt der Gewinnausschüttung	667

Inhaltsübersicht

8.5.6	Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren	670
8.5.7	Inkongruente Ausschüttungen	671
8.5.8	Rückzahlung einer Ausschüttung führt nicht zur Aufhebung derselben	674
8.6	Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei der ausschüttenden Gesellschaft	676
8.6.1	Grundsätzliches	676
8.6.2	Durchführung der Körperschaftsteueränderung	678
8.6.2.1	Grundsätzliches	678
8.6.2.2	Zeitliche Berücksichtigung der Körperschaftsteueränderung (§ 27 Abs. 3 KStG 1999)	679
8.6.2.3	Maßgebliches verwendbares Eigenkapital (§ 28 Abs. 2 KStG 1999)	680
8.6.2.4	Die Verwendungsfiktion des § 28 Abs. 3 KStG 1999	681
8.6.2.5	Ausnahmen von der Verwendungsfiktion des § 28 Abs. 3 KStG 1999	682
8.6.2.6	KSt-Minderung bei einer Tarifbelastung von 40 v. H. (45 v. H.)	683
8.6.2.7	Keine KSt-Änderung bei einer Tarifbelastung von 30 v. H.	685
8.6.2.8	KSt-Erhöhung bei Verwendung von nicht mit KSt belastetem Eigenkapital	685
8.6.2.9	Verrechnung von Ausschüttungen bei unterschiedlich belastetem Eigenkapital	686
8.6.2.10	Ausnahmen von der Körperschaftsteuererhöhung	686
8.7	Eigenkapital, verwendbares Eigenkapital	687
8.7.1	Vorwort	687
8.7.2	Begriff und Umfang	687
8.7.3	Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	689
8.7.3.1	Grundsätzliches	689
8.7.3.2	Die Gliederungspflicht	690
8.7.3.3	Die Gliederungsstichtage	690
8.7.3.4	Die einzelnen Teilbeträge des verwendbaren Eigenkapitals	691
8.7.4	Die nicht abziehbaren Ausgaben im Sinne des § 31 Abs. 1 KStG 1999.	695
8.7.4.1	Allgemeines	695
8.7.4.2	Körperschaftsteuererhöhung (§ 31 Abs. 1 Nr. 1 KStG 1999)	695
8.7.4.3	Tarifliche Körperschaftsteuer (§ 31 Abs. 1 Nr. 2 KStG 1999)	695
8.7.4.4	Ausländische Steuern (§ 31 Abs. 1 Nr. 3 KStG 1999)	696
8.7.4.5	Sonstige nicht abziehbare Ausgaben (§ 31 Abs. 1 Nr. 4 KStG 1999)	696
8.7.4.6	Sonderregelungen (§ 31 Abs. 3 KStG 1999)	697
8.7.5	Die Reihenfolge der Zu- und Abgänge beim verwendbaren Eigenkapital	698
8.7.6	Besondere Anpassungsmaßnahmen – Verprobung des verwendbaren Eigenkapitals	699
8.7.7	Berücksichtigung von Verlusten bei der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals (§ 33 KStG 1999)	701

8.8	Behandlung der Wertminderung von Anteilen durch Gewinnausschüttungen	702
8.8.1	Vorbemerkung	702
8.8.2	Wirkungsweise des § 50 c EStG 1999	704
9	Halbeinkünfteverfahren – Besteuerung von Ausschüttungen	
9.1	Begründung für die Systemänderung / Kritik	710
9.2	Grundprinzip des Halbeinkünfteverfahrens	712
9.3	Die Ebene der Körperschaft	714
9.3.1	Keine Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	714
9.3.2	Einkommensermittlung	714
9.3.3	Das steuerliche Einlagekonto (§ 27 KStG)	715
9.3.3.1	Notwendigkeit des Ausweises von Gesellschaftereinlagen	715
9.3.3.2	Betroffene Körperschaften	716
9.3.3.3	Anfangsbestand	716
9.3.3.4	Zugänge auf dem steuerlichen Einlagekonto	717
9.3.3.5	Verwendung des steuerlichen Einlagekontos für Leistungen der Körperschaft	718
9.3.3.6	Übersicht: Zu- und Abgänge auf dem steuerlichen Einlagekonto	723
9.3.3.7	Ausstellung einer Steuerbescheinigung	723
9.3.3.8	Festschreibung der Verwendung aus dem steuerlichen Einlagekonto	724
9.3.3.9	Verfahrensfragen	725
9.3.3.9.1	Fortschreibung und gesonderte Feststellung des Einlagekontos	725
9.3.3.9.2	Grundlagenfunktion	725
9.3.3.9.3	Erklärungspflicht	726
9.3.3.10	Das Einlagekonto in Fällen der Organschaft	726
9.3.3.11	Weitere Sonderfälle	728
9.3.3.12	Einlagenrückzahlung auf der Ebene des Anteilseigners	728
9.4	Das Halbeinkünfteverfahren auf der Ebene des Anteilseigners	730
9.4.1	Grundprinzipien des Halbeinkünfteverfahrens	730
9.4.2	Dividendenerträge im Halbeinkünfteverfahren	732
9.4.2.1	Beteiligungen im Privatvermögen	732
9.4.2.2	Beteiligungen im Betriebsvermögen	737
9.4.3	Veräußerung und Entnahme von Anteilen an Kapitalgesellschaften	740
9.4.3.1	Allgemeines	740
9.4.3.2	Beteiligungen im Privatvermögen	741
9.4.3.2.1	Beteiligungen i. S. von § 17 EStG	741
9.4.3.2.2	Private Veräußerungsgeschäfte nach § 23 EStG	743
9.4.3.2.3	Veräußerung einbringungsgeborener Anteile nach § 21 UmwStG	744

Inhaltsübersicht

9.4.3.2.4	Sonderfälle	744
9.4.3.3	Beteiligungen im Betriebsvermögen	744
9.4.3.4	Missbrauchsregelung für die Veräußerung einbringungsgeborener Anteile	750
9.4.3.4.1	Grundsatz	750
9.4.3.4.2	Rückausnahmen	750
9.4.3.4.3	Gewinnermittlung und Behandlung der Aufwendungen in den von der Missbrauchsregelung betroffenen Fällen	752
9.4.4	Erträge aus Investmentfonds	754
9.4.4.1	Allgemeines	754
9.4.4.2	Grundsatz der Transparenz	754
9.4.4.3	Definitionen	755
9.4.4.4	Gleichstellung inländischer und ausländischer Investmentfonds	755
9.4.4.5	Besteuerung von Zwischengewinnen	755
9.4.4.6	Anwendbarkeit des Halbeinkünfteverfahrens	756
9.4.4.7	Ermittlung und Besteuerung der Erträge (§§ 5, 6 InvStG)	757
9.4.4.8	Behandlung von Veräußerungsgewinnen	758
9.4.4.8.1	Veräußerungen durch den Fonds	758
9.4.4.8.2	Veräußerung / Rückgabe des Fondsanteils	758
9.4.4.9	Teilwertabschreibungen auf Fondsanteile im Betriebsvermögen	759
9.5	Kapitalertragsteuer im Halbeinkünfteverfahren	761
9.5.1	Steuersatz	761
9.5.2	Erstattungsregelungen zur Kapitalertragsteuer	762
9.5.3	Meldungen an das Bundesamt für Finanzen (§ 45 d EStG)	763
9.6	Neue Steuertatbestände für bestimmte Gewinntransfers und Bezüge	764
9.6.1	Notwendigkeit der neuen Steuertatbestände	764
9.6.2	Einkünfte i. S. von § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	764
9.6.3	Einkünfte i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG	767
9.6.3.1	Grundsatz	767
9.6.3.2	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG	769
9.6.3.3	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG	770
9.6.3.3.1	Grundprinzip	770
9.6.3.3.2	Buchführungspflichten für Betriebe gewerblicher Art	770
9.6.3.3.3	Belastungsvergleich	771
9.6.3.3.4	Zuführung und Auflösung von Gewinnrücklagen	771
9.6.3.3.5	Zeitliche Anwendung	772
9.6.3.3.6	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe steuerbefreier Körperschaften	772
9.6.3.3.7	Zeitpunkt des Kapitalertragsteuerabzugs	773
9.7	Belastungsvergleiche bei der Besteuerung der Gewinne von Kapitalgesellschaften	773
9.7.1	Einführung	773
9.7.2	Vergleich altes/neues Recht	774
9.7.3	Vergleich zwischen den Rechtsformen	777

10	Übergangsregelungen vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren	
10.1	Vorbemerkung	781
10.2	Wegfall der Vorschriften zum Anrechnungsverfahren (§§ 27 bis 47 KStG 1999); Übergangsregelung für Ausschüttungen	782
10.2.1	Zeitliche Zuordnung von Ausschüttungen	782
10.2.1.1	Offene Gewinnausschüttungen, die auf einem den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Gewinnverteilungsbeschluss beruhen	784
10.2.1.2	Vorabausschüttungen	785
10.2.1.3	Verdeckte Gewinnausschüttungen	787
10.2.1.4	Ausschüttungen ausländischer Kapitalgesellschaften	787
10.2.1.5	Steuerbescheinigungen	787
10.2.1.6	Kapitalertragsteuerabzug	788
10.2.2	Nachversteuerungsregelungen bei Ausschüttungen von Altrücklagen	788
10.2.2.1	Allgemeines	788
10.2.2.2	Ausschüttungen, die noch dem Anrechnungsverfahren unterliegen (§ 34 Abs. 12 Satz 2 ff. KStG)	789
10.2.2.3	Nachversteuerung für Ausschüttungen im Halbeinkünfteverfahren – Nachsteuer nach § 37 Abs. 3 KStG	793
10.2.2.3.1	Betroffener Personenkreis	796
10.2.2.3.2	Nachversteuerung in Organschaftsfällen	796
10.2.2.3.3	Nachversteuerung in den Fällen des § 4 UmwStG	797
10.2.2.3.4	Keine Nachversteuerung bei nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG steuerbefreiten Körperschaften	797
10.2.2.4	Übersicht über die Nachversteuerungsregelungen	798
10.3	Der Übergang aus der Gliederungsrechnung in das Halbeinkünfteverfahren	799
10.3.1	Allgemeines	799
10.3.2	Die Ermittlung der Endbestände i. S. des § 36 KStG („Schnittpunktbestand“)	800
10.3.2.1	Zeitpunkt	800
10.3.2.2	Ausgangsgröße	801
10.3.2.3	Verminderung um Ausschüttungen (§ 36 Abs. 2 Sätze 1 und 2 KStG)	801
10.3.2.4	Erhöhung um Einkommensteile, die unter die Nachversteuerung nach § 34 Abs. 12 Satz 2 ff. KStG fallen	803
10.3.2.5	Umgliederungen des verwendbaren Eigenkapitals (§ 36 Abs. 3 bis 6 KStG)	805
10.3.2.6	Gesonderte Feststellung der verbleibenden Beträge (§ 36 Abs. 7 KStG)	809
10.3.3	Das Körperschaftsteuerguthaben und dessen Verwendung (§ 37 KStG)	812
10.3.3.1	Erstmalige Ermittlung und erstmalige Feststellung des Körperschaftsteuerguthabens	812
10.3.3.2	Berücksichtigung der Körperschaftsteuerminderung	813

Inhaltsübersicht

10.3.3.3	Moratorium gem. § 37 Abs. 2 a Nr. 1 KStG	815
10.3.3.4	Höchstbetrag der Körperschaftsteuerminderung ab dem Veranlagungszeitraum 2006 (§ 37 Abs. 2 a Nr. 2 KStG)	816
10.3.3.5	Ausnahmen vom Moratorium und Höchstbetrag	818
10.3.3.6	Ausschüttungen, die zur Berücksichtigung des Körperschaftsteuerguthabens führen	818
10.3.3.7	Zeitpunkt der Berücksichtigung der Körperschaftsteuerminderung	820
10.3.3.8	Letztmalige Berücksichtigung der Körperschaftsteuerminderung	822
10.3.3.9	Ausstellung einer Steuerbescheinigung	823
10.3.3.10	Nachversteuerung nach § 37 Abs. 3 KStG	825
10.3.3.11	Verfahrensfragen	825
10.3.3.11.1	Fortschreibung und gesonderte Feststellung des Körperschaftsteuerguthabens	825
10.3.3.11.2	Grundlagenfunktion	825
10.3.3.11.3	Erklärungspflicht	826
10.3.4	Die Körperschaftsteuererhöhung (§ 38 KStG)	827
10.3.4.1	Gesonderte Feststellung des positiven Teilbetrags EK 02 und jährliche Fortschreibung	827
10.3.4.2	Verwendung des EK 02 für Leistungen	827
10.3.4.2.1	Allgemeines	827
10.3.4.2.2	Leistungen, die zur Verwendung des EK 02 führen	828
10.3.4.2.3	Berechnung der Verwendung des EK 02	828
10.3.4.2.4	Steuerliche Folgen der Verwendung des EK 02	830
10.3.4.2.5	Veranlagungszeitraum, in dem die Körperschaftsteuererhöhung zu berücksichtigen ist	831
10.3.4.2.6	Maßgeblichkeit der Bestände zum Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	832
10.3.4.3	Erstmalige Erhöhung der Körperschaftsteuer	833
10.3.4.4	Letztmalige Körperschaftsteuererhöhung	833
10.3.4.5	Verfahrensfragen	834
10.3.4.5.1	Fortschreibung und gesonderte Feststellung des EK 02	834
10.3.4.5.2	Grundlagenfunktion	834
10.3.4.5.3	Erklärungspflicht	834
10.3.4.6	Keine Körperschaftsteuererhöhung bei Ausschüttungen im steuerfreien Bereich (§ 38 Abs. 3 KStG)	834
10.4	Nebeneinander von Körperschaftsteuerminderung, Körperschaftsteuer- erhöhung und Verwendung des steuerlichen Einlagekontos	835
10.5	Zusammenfassendes Beispiel	838
10.6	Der Verlustabzug beim Übergang vom Anrechnungsverfahren in das Halbeinkünfteverfahren	844
10.6.1	Vorhandene Verlustvträge beim Systemwechsel	844
10.6.2	Verlustrücktrag beim Systemwechsel	845
10.6.3	Verlustabzug im Halbeinkünfteverfahren	848

11	Kapitalverändernde Maßnahmen: Kapitalerhöhung – Kapitalherabsetzung	
11.1	Kapitalerhöhung	850
11.1.1	Allgemeines	850
11.1.2	Kapitalerhöhung gegen Einlage	851
11.1.2.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	851
11.1.2.2	Sonstige Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft	852
11.1.2.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	852
11.1.3	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	853
11.1.3.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	853
11.1.3.2	Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft nach § 28 KStG (Sonderausweis)	853
11.1.3.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	857
11.2	Kapitalherabsetzung	858
11.2.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung	859
11.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	859
11.2.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	860
11.2.4	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung bei der Kapitalgesellschaft	860
11.2.4.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	860
11.2.4.2	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf den Sonderausweis nach § 28 KStG	861
11.2.4.3	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf das steuerliche Einlagekonto	863
11.2.4.4	Auswirkungen bei Nennkapitalrückzahlung nach Kapitalherabsetzung	865
11.2.4.5	Besonderheit: Auswirkung, wenn der Sonderausweis i. S. des § 28 KStG aus dem § 47 Abs. 1 Nr. 2 KStG 1999 entstanden ist	867
11.2.4.6	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung beim Anteilseigner	869
11.2.4.6.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung mit Nennkapitalrückzahlung	869
11.2.4.6.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	872
11.2.4.6.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	872
12	Auflösung und Abwicklung (Liquidation)	
12.1	Grundsätzliches	873
12.2	Liquidationsbesteuerungszeitraum	874
12.2.1	Beginn des Liquidationsbesteuerungszeitraums	874
12.2.2	Dauer des Liquidationsbesteuerungszeitraums	875
12.3	Die Ermittlung des Abwicklungsgewinns	877
12.3.1	Abwicklungs-Anfangsvermögen	878
12.3.2	Abwicklungs-Endvermögen	879
12.3.3	Verlustabzug bei der Liquidationsbesteuerung	880
12.3.4	Berechnungsschema für das zu versteuernde Einkommen des Liquidationszeitraums	881
12.3.5	Maßgebender Steuertarif für den Abwicklungsgewinn	882

Inhaltsübersicht

12.4	Liquidationsbesteuerung und Anrechnungsverfahren	883
12.5	Liquidation und Halbeinkünfteverfahren	884
12.5.1	Erstmalige Anwendung des neuen Körperschaftsteuertarifs in Liquidationsfällen	884
12.5.2	Letztmalige Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	885
12.5.3	Zuordnung der Ausschüttungen zum Anrechnungsverfahren oder Halbeinkünfteverfahren	885
12.5.3.1	Ausschüttungen während des Liquidationszeitraums für Wirtschaftsjahre vor der Auflösung	886
12.5.3.2	Liquidationsraten	887
12.5.3.3	Schlussverteilung	888
12.5.4	Vermögensverteilung im Halbeinkünfteverfahren	889
12.5.4.1	Verringerung des Sonderausweises i. S. des § 28 Abs. 1 Satz 3 KStG	890
12.5.4.2	Rückzahlung des den Sonderausweis übersteigenden Betrags des Nennkapitals	890
12.5.5	Berücksichtigung der Körperschaftsteuererminderung nach § 37 KStG	892
12.5.5.1	Maßgebender Bestand des Körperschaftsteuerguthabens	892
12.5.5.1.1	Gewinnausschüttungen während des Liquidationszeitraums für Wirtschaftsjahre vor der Auflösung	893
12.5.5.1.2	Liquidationsraten, Abschlagszahlungen	893
12.5.5.1.3	Schlussauskehrung	893
12.5.5.2	Keine Begrenzung der Körperschaftsteuererminderung nach § 37 Abs. 2 a KStG für die Vermögensverteilung	894
12.5.5.3	Ermittlung des Körperschaftsteuerguthabens bei der Schlussauskehrung	895
12.5.6	Körperschaftsteuererhöhung nach § 38 KStG bei Verwendung des EK 02	897
12.5.7	Verwendung des steuerlichen Einlagekontos gem. § 27 KStG	901
12.6	Einkünfte der Gesellschafter infolge der Liquidation	903
12.6.1	Anteilseigner ist eine natürliche Person	905
12.6.1.1	Beteiligung im Privatvermögen	905
12.6.1.2	Beteiligung im Betriebsvermögen	907
12.6.2	Anteilseigner ist eine Kapitalgesellschaft	908
12.7	Zusammenfassendes Beispiel zur Liquidation	910
12.8	Verlegung der Geschäftsleitung ins Ausland (§ 12 KStG)	922
13	Änderung der Unternehmensform	
13.1	Handelsrechtliche Grundlagen	924
13.1.1	Allgemeines	924
13.1.2	Verschmelzung	924
13.1.3	Spaltung	926
13.1.4	Vermögensübertragung	927
13.1.5	Formwechsel	927

13.1.6	Handelsrechtlicher „Umwandlungsfahrplan“	928
13.1.7	Weitere Möglichkeiten zur Änderung der Unternehmensform . . .	928
13.1.8	Übersicht	930
13.2	Steuerliche Folgen der Änderung der Unternehmensform	930
13.2.1	Überblick	930
13.2.1.1	Allgemeines	930
13.2.1.2	Gesetzliche Grundlagen/Verhältnis zum Handelsrecht	931
13.2.1.3	Zeitliche Anwendung des UmwStG/Gesetzesänderungen	932
13.2.1.4	Gliederung/Aufbau des Umwandlungssteuer-Erlasses	933
13.2.2	Steuerliche Rückwirkung von Umwandlungen	933
13.2.2.1	Grundsatz	933
13.2.2.2	Handelsrechtlicher Umwandlungsstichtag/ steuerlicher Übertragungsstichtag	934
13.2.2.3	Keine Rückwirkung für ausscheidende Anteilseigner	935
13.2.2.4	Behandlung von Gewinnausschüttungen	936
13.2.2.5	Andere Rechtsgeschäfte im Rückwirkungszeitraum	938
13.2.3	Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz bei Umwandlungsvorgängen	939
13.2.3.1	Problemstellung	939
13.2.3.2	Entscheidung der Finanzverwaltung	940
13.2.3.3	Besonderheiten beim Formwechsel	941
13.2.3.4	Auswirkungen der Streitfrage	941
13.2.3.5	Maßgeblichkeit bei Einbringungen in Kapitalgesellschaften	941
13.2.4	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person (§§ 3–10, 14, 19 UmwStG)	942
13.2.4.1	Überblick über die gesetzlichen Grundentscheidungen	942
13.2.4.2	Beispielfälle	943
13.2.4.3	Erläuterungen zur Ermittlung des Übernahmegewinns und Übernahmeverlustes (§ 4 Abs. 4 bis 6 UmwStG)	947
13.2.4.4	Bilanzfortführung bei der übernehmenden Gesellschaft (§ 4 Abs. 2 UmwStG)	950
13.2.4.5	Übernahmefolgegewinn (§ 6 UmwStG)	950
13.2.4.6	Gewerbesteuerliche Auswirkungen des Übernahmeergebnisses . .	951
13.2.4.7	Umwandlungskosten/Gründerwerbsteuer	951
13.2.4.8	Ermittlung der Einkünfte nicht i. S. von § 17 EStG beteiligter Anteilseigner (§ 7 UmwStG)	952
13.2.4.9	Vermögensübergang auf einen Rechtsträger ohne Betriebsvermögen (§ 8 UmwStG)	952
13.2.4.10	Körperschaftsteuerminderung und -erhöhung (§ 10 UmwStG) . . .	952
13.2.5	Verschmelzung von Körperschaften (§§ 11–13, 19 UmwStG)	956
13.2.5.1	Allgemeines	956
13.2.5.2	Besteuerung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 11 UmwStG)	956
13.2.5.2.1	Bewertungswahlrecht nach § 11 Abs. 1 UmwStG	956
13.2.5.2.2	Möglichkeiten der Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	958

Inhaltsübersicht

13.2.5.3	Besteuerung der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 12 UmwStG)	959
13.2.5.3.1	Buchwertverknüpfung	959
13.2.5.3.2	Ermittlung des Übernahmegewinns/-verlustes	960
13.2.5.3.3	Hinzurechnungsbesteuerung nach § 12 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 UmwStG	960
13.2.5.3.4	Eintritt in die Rechtsstellung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 12 Abs. 3 UmwStG)	962
13.2.5.3.4.1	Allgemeines	962
13.2.5.3.4.2	Verbleibender Verlustabzug i. S. des § 12 Abs. 3 Satz 2 UmwStG	962
13.2.5.4	Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Körperschaft (§ 13 UmwStG)	965
13.2.5.4.1	Übertragung der stillen Reserven in den Anteilen an der übertragenden Körperschaft	965
13.2.5.4.2	Anteile an der übertragenden Körperschaft, die zu einem Betriebsvermögen gehören (§ 13 Abs. 1 UmwStG)	965
13.2.5.4.3	Anteile an der übertragenden Körperschaft, die nicht zu einem Betriebsvermögen gehören (§ 13 Abs. 2, 3 UmwStG)	966
13.2.5.5	Gewerbsteuerliche Auswirkungen der Verschmelzung (§ 19 UmwStG)	967
13.2.5.6	Auswirkung der Verschmelzung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG)	967
13.2.5.7	Auswirkung der Verschmelzung auf das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 KStG und den unbelasteten Teilbetrag nach § 38 KStG	970
13.2.6	Spaltung von Kapitalgesellschaften (§ 15 UmwStG)	970
13.2.6.1	Allgemeines	970
13.2.6.2	Voraussetzungen für eine steuerneutrale Spaltung (§ 15 Abs. 1 und 3 UmwStG)	971
13.2.6.2.1	Teilbetriebseigenschaft	971
13.2.6.2.2	Missbrauchstatbestand des § 15 Abs. 3 Satz 1 UmwStG	973
13.2.6.2.3	Veräußerung und Vorbereitung der Veräußerung (§ 15 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 UmwStG)	974
13.2.6.2.4	Trennung von Gesellschafterstämmen (§ 15 Abs. 3 Satz 5 UmwStG)	976
13.2.6.3	Aufteilung des übergewinnenden Verlustabzugs (§ 15 Abs. 4 UmwStG)	976
13.2.6.4	Auswirkung der Spaltung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG)	977
13.2.6.5	Auswirkung der Spaltung auf das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 KStG und den unbelasteten Teilbetrag nach § 38 KStG	978
13.2.6.6	Aufspaltung bzw. Abspaltung auf eine Personengesellschaft	978
13.2.7	Übersicht zum Vermögensübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach dem UmwStG	979
13.2.8	Einbringungen in Kapitalgesellschaften (§ 20 UmwStG)	979
13.2.8.1	Allgemeines	979

13.2.8.2	Anwendungsbereich von § 20 UmwStG	980
13.2.8.3	Anwendungsvoraussetzungen des § 20 UmwStG	981
13.2.8.4	Beteiligte der Einbringung	981
13.2.8.5	Gegenstand der Einbringung	982
13.2.8.5.1	Betriebe, Teilbetriebe	982
13.2.8.5.2	Mitunternehmeranteile	984
13.2.8.5.3	Mehrheitsvermittelnde Anteile an Kapitalgesellschaften	985
13.2.8.6	Gegenleistung: Gewährung neuer Anteile	986
13.2.8.7	Zeitpunkt der Einbringung	987
13.2.8.8	Wertansatz des eingebrachten Vermögens	991
13.2.8.8.1	Inhalt und Einschränkungen des Bewertungswahlrechts	991
13.2.8.8.2	Verhältnis zum Handelsrecht	992
13.2.8.8.3	Besonderheiten beim Formwechsel	993
13.2.8.9	Besteuerung des Einbringungsgewinns	994
13.2.8.10	Auswirkungen bei der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 22 UmwStG)	995
13.2.8.10.1	Allgemeines	995
13.2.8.10.2	Buchwertansatz	996
13.2.8.10.3	Zwischenwertansatz	997
13.2.8.10.4	Teilwertansatz	997
13.2.8.11	Besteuerung des Anteilseigners	998
13.2.8.11.1	Allgemeines	998
13.2.8.11.2	Gewinnverwirklichung bei Veräußerung	998
13.2.8.11.3	Gewinnverwirklichung ohne Veräußerung	1002
13.2.8.11.4	Verlagerung stiller Reserven auf andere Gesellschaftsanteile	1004
13.2.8.12	Einbringungen in der Europäischen Union	1005
13.2.8.12.1	Überblick	1005
13.2.8.12.2	Grenzüberschreitende Einbringung von Unternehmensteilen	1005
13.2.8.12.3	Grenzüberschreitender Anteilstausch	1008
13.2.9	Einbringungen in Personengesellschaften (§ 24 UmwStG)	1009
14	Entstehung der Körperschaftsteuer; Steuererklärungspflicht, Veranlagung, Erhebung; Zerlegung der Körperschaftsteuer	
14.1	Entstehung der Körperschaftsteuer	1011
14.2	Steuererklärungspflicht, Veranlagung und Steuererhebung	1012
14.3	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch Steuerabzugsbeträge	1014
14.4	Zerlegung der Körperschaftsteuer	1015
	Abkürzungen	1017
	§§-Schlüssel	1021
	Stichwortverzeichnis	1027